



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen
18.02.2010
Az.: 1-002-13/vm

Alzey, den

N i e d e r s c h r i f t

Nr. der Sitzung: **3**

Wahlperiode: **2009 - 2014**

Gremium: **Kreistag**

Öffentlich/Nichtöffentlich

Sitzungsdatum: **24.11.2009**

Uhrzeit: **16.05 – 17.45 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

Anwesenheitsliste

Vorsitzender			
Landrat Görisch			
Kreisbeigeordnete	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1-10		
Mehring, Klaus, Osthofen	1-10		
Erbes, Heribert, Spiesheim	1-10		
Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
SPD-Fraktion			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim	5-10 (ab 16.20 Uhr)		
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim	1-10		
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1-10		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-10		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen		X	
Kiefer, Gerhard, Eich	1-10		
Kleinfelder, Ingo, Wörrstadt	1-10		
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1-10		
Müller, Bernd, Osthofen		X	
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein	1-10		
Rocker, Gerd, Wendelsheim	1-10		
Sippel, Heiko, MdL, Alzey	1-10		
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey	1-10		
Steinmann, Werner, Alzey	1-10		
Westphal, Bernd, Gau-Odernheim	1-10		
Willius, Klaus, Eich		X	
CDU-Fraktion			
Blüm, Gerhard, Gundheim	1-10		
Burkhard, Christoph, Alzey	1-10		
Conrad, Markus, Armsheim	1-9 (bis 17.10 Uhr)		
Hirschel-Urnauer, Irmgard	1-10		
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim	1-10		
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-10		
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	1-10		
Müller, Christine, Eich	1-10		
Müller, Lucia, Wöllstein	1-10		
Pauser, Eva, Flonheim	1-10		
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.		X	
Spies, Karl, Saulheim	1-10		
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-10		
Wagner, Walter, Westhofen	1-10		

Fortsetzung Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
FDP-Fraktion			
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim	1-10		
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-10		
Maak, Dr. Dirk, Wöllstein	1-10		
Merkel, Klaus, Alsheim		X	
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			
Becker, Klaus, Bornheim	1-10		
Gülcehre, Kemal, Alzey	1-10		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-10		
Thörle, Birgit, Saulheim		X	
FWG-Fraktion			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-10		
Erbeldinger, Helmut, Dittelsheim-Heßloch	1-10		
Hinkel, Manfred, Alzey		X	
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-10		
Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1-10		
Schwehm, Wolfgang, Alzey	1-10		
Die Linke			
Heimann, Hanno David, Monsheim	1-10		
NPD			
Acker, Klaus, Bechtheim	1-10		

<p>Kreisverwaltung Reg. Dir. Linkerhägner KVDin Emrich Bau. Dir. Dr. Schmitt KVR Kauff OAR Dittmann OAR Rauschkolb KA Frey KOI Michel VA Stier</p>
--

<p>Gäste</p>

<p>Schriftführerin KHS Marx</p>

Landrat Görisch eröffnete die Sitzung um 16.05 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung vom 12.11.2009, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 17.11.2009 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Die Beschlussvorlage zu TOP 9 wurde mit Schreiben vom 18.11.2009 nachgereicht.

Als Tischvorlagen erhielten die Mitglieder des Kreistages eine Zusammenstellung der Änderungen zum Entwurf des Haushaltes 2010 vom 10.11.2009, das Bild der Kreistagsmitglieder (Aufnahme vom 25. August – konstituierende Sitzung) und die Gesamtliste über die Besetzung der Ausschüsse des Kreistages und sonstiger Gremien.

Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Somit geltende

T a g e s o r d n u n g

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
	<u>Öffentlicher Teil</u>	
-	Einwohnerfragestunde	
1	Betriebskostenzuschüsse für Realschulen plus - Beschlussfassung	231/2009
2	2.1 Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms 2.2 Festlegung der Tageszeitungen für öffentliche Bekanntmachungen - Beschlussfassung	201/2009/1
3	Anpassung von Honoraren und Teilnahmebeiträgen der Kreis- volkshochschule Alzey-Worms 1. Änderung der Regelung über die Honorare und Aufwandsentschädigungen 2. Änderung der Regelung über die Erhebung von Teilnahmebeträgen - Beschlussfassung	200/2009/1
4	Durchführung des Dualen Systems im Landkreis Alzey-Worms Abschluss der Verlängerungsvereinbarung zur Abstimmungsver- einbarung - Beschlussfassung	159/2009/1
5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Modellregion Elektromobilität	236/2009

TOP	Bezeichnung	Drucksachennummer
6	Wahlen nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG) - Besuchskommission (Ersatzwahlen)	233/2009
7	Wahlen nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG) - Psychiatriebeirat (Ersatzwahlen)	234/2009
8	Mitteilungen und Anfragen	
<u>Nichtöffentlicher Teil</u>		
9	Kreismülledeponie Framersheim	
10	Mitteilungen und Anfragen	

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Tagesordnungspunkt: 1

Drucksachennummer: 231/2009

Betriebskostenzuschüsse für Realschulen plus
- Beschlussfassung

Vorlagetext:

Im Hinblick auf die geplante Errichtung von Regionalen Schulen – dort sollten Haupt- und Realschüler in einem integrativen System gemeinsam unterrichtet werden – beschloss der Kreistag im Juli 1996, sich wegen der damit einhergehenden Entlastung der in der Trägerschaft des Landkreises stehenden Realschulen an den Betriebskosten der Regionalschulen in Höhe von 90 % der durchschnittlichen Kosten für einen Realschulzug zu beteiligen.

Mit der Schulstrukturänderung wurden ab dem Schuljahr 2009/10 alle Regionalschulen per Gesetz in Realschulen plus umgewandelt. Der Kreistagsbeschluss über die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen für Regionalschulen wurde somit zum 01. August 2009 gegenstandslos. Die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen für Realschulen plus wird nicht empfohlen.

Die Kommunen, die Träger von Realschulen plus sind, werden im Rahmen der Berechnung der Schlüsselzuweisung B finanziell wesentlich besser gestellt. Der Schulansatz beträgt bei Realschulen plus 50 % der Schülerzahlen; bei Regionalen Schulen dagegen betrug dieser nur 15 % / bei Realschulen 30 % (§ 11 FAG).

Somit erhalten die Verbandsgemeinden, die sich bewusst für die Trägerschaft von Realschulen plus entschieden haben, zusätzliche finanzielle Mittel. Eine darüber hinaus gehende Bezuschussung des Landkreises kann ab dem 01. August 2009 und somit ab dem Schuljahr 2009/10 entfallen. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 22. September 2009 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Landrat Görisch wies ergänzend darauf hin, dass es sich um die Regionalschulen in Eich, Wöllstein und Westhofen handle.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, den Beschluss vom Juli 1996 aufzuheben und nach der per Gesetz erfolgten Umwandlung der Regionalschulen in Realschulen plus ab dem Schuljahr 2009/10 keine Betriebskostenzuschüsse mehr zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja 2 Enthaltungen

Form der Abstimmung:

Offen

Die Herren Kiefer, Lenges und Wagner nahmen wegen Sonderinteresse an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Tagesordnungspunkt: 2

Drucksachenummer: 201/2009/1

Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms
- Beschlussfassung

Vorlagetext:

Der Entwurf der ersten Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms vom 25. August 2009 ist als Anlage beigefügt.

Zu Artikel I Nr. 1.:

Die bisherige Regelung in der Hauptsatzung entspricht den Bestimmungen der Landesverordnung zur Durchführung der Landkreisordnung, wonach, sofern eine Zeitung als Bekanntmachungsorgan gewählt ist, diese in der Hauptsatzung namentlich zu bezeichnen ist.

Diese Regelungen unterfallen dem Anwendungsbereich der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (EU-Dienstleistungsrichtlinie). Diese Richtlinie hat das Ziel, den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen zu fördern und damit zur Verwirklichung des einheitlichen Binnenmarktes beizutragen. Um dies zu erreichen, sind Diskriminierungen gegenüber Dienstleistungsanbietern anderer EU-Mitgliedsstaaten, die sich in Deutschland niederlassen oder vorübergehend Dienstleistungen anbieten wollen, zu beseitigen und diesbezüglich überzogene Genehmigungserfordernisse und entsprechende sonstige Anforderungen abzubauen. Diese Zielsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird durch die in den Hauptsatzungen der Kommunen zu treffende Festlegung auf eine oder mehrere Zeitungen zur Publizierung von öffentlichen Bekanntmachungen beeinträchtigt. Die Landesverordnung wird daher derzeit dem geltenden europäischen Recht angepasst.

Die verordnungsrechtlichen Bestimmungen, die für die Hauptsatzungen die namentliche Bezeichnung einer Zeitung vorschreiben, werden durch richtlinienkonforme Regelungen ersetzt. Die Entscheidung, welche Zeitung als Bekanntmachungsorgan bestimmt wird, wird künftig nicht mehr in der Hauptsatzung geregelt, sie wird vielmehr vom Kreistag durch öffentlich bekanntzumachenden Beschluss getroffen.

Zu Artikel I Nr. 2. und 3.:

Im Rahmen der umfangreichen Umgestaltung des § 3 der Hauptsatzung zu Beginn der Wahlperiode 2009/2014 wurde irrtümlich übersehen, dass die Zahl der Mitglieder des Kreisausschuss gem. § 38 LKO durch die Hauptsatzung und nicht (nur) durch einfachen Beschluss des Kreistages zu bestimmen ist.

Zu Artikel I Nr. 4.:

Im Gegensatz zum Europa-, Bundes- und Landeswahlrecht enthält das Kommunalwahlgesetz (KWG) keine Regelungen zum Auslagenersatz und zum Erfrischungsgeld bei kommunalen Wahlen (Urwahl Bürgermeister, Landrat, Beirat für Migration und Integration etc.). §§ 8 und 26 KWG verweisen lediglich darauf, dass die Tätigkeit als Ehrenamt einzustufen ist. Gem. § 18 GemO bzw. § 12 LKO sind die Entschädigungen für Ehrenämter in der Hauptsatzung zu regeln. Die Entschädigung der Inhaber von Wahlämtern bei Europa-, Bundes- und Landeswahlen soll durch die vorgeschlagene Regelung auch für Wahlen nach LKO/LWG übernommen werden.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 10.11.2009 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst. Beschlüsse betreffend die Hauptsatzung sind mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder zu fassen.

Kreistagsmitglied Acker (NPD) bemängelte, dass weder er noch der Vertreter der Links-Partei ein Mandat im Kreisausschuss hätten. Daher lehne er die Änderung der Satzung ab.

Beschluss:

2.1 Der Kreistag beschließt die erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms vom 25. August 2009 in der heute beratenen Fassung.

2.2 Der Kreistag beschließt, dass ab Inkrafttreten von Artikel I Nr. 1. der Ersten Änderungssatzung zur Hauptsatzung öffentliche Bekanntmachungen in der Allgemeinen Zeitung Alzey und der Wormser Zeitung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

38 Ja 1 Nein

Form der Abstimmung:

Offen

Anlage 1 der Originalniederschrift:

Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms

Anpassung von Honoraren und Teilnahmebeiträgen der Kreisvolkshochschule Alzey-Worms

1. Änderung der Regelung über die Honorare und Aufwandsentschädigungen
2. Änderung der Regelung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen

- Beschlussfassung

Vorlagentext:

Die Honorare und Aufwandsentschädigungen der Dozenten der Kreisvolkshochschule Alzey-Worms basieren auf einem Beschluss des Kultur- und Museumsausschusses der Stadt Alzey vom 24.03.1999. Zu diesem Zeitpunkt wurde das Honorar auf 65,-- DM pro Doppelstunde festgelegt. Die damals für die Volkshochschule Alzey beschlossenen Honorarsätze wurden bei der im Jahr 2001 erfolgten Fusion mit der Kreisvolkshochschule e.V. auch für die Dozenten der weiteren Außenstellen übernommen. Im Jahr 2002 erfolgte lediglich eine Umrechnung dieses Honorarsatzes in Euro (33,50 € pro Doppelstunde). Die Honorarsätze wurden demzufolge seit über 10 Jahren nicht mehr angehoben.

In seiner Sitzung am 27.05.2009 bzw. am 01.07.2009 hatte der Beirat für Weiterbildung eine Erhöhung des Honorar-Regelsatzes von 33,50 € auf 35,00 € sowie eine Erhöhung des Honorarsatzes für EDV- und von den Ersatzkassen anerkannte Gesundheitskurse von 37,20 € auf 38,00 € ab dem Semester I/2010 empfohlen. Bei einer Abrechnung auf Zeitstundenbasis würde dies eine Anpassung von 22,50 € auf 23,30 € bzw. von 24,80 € auf 25,30 € bedeuten. Gleichzeitig wurde angeregt, das Honorar für Vorträge von 77,00 € auf 80,00 € anzuheben.

Durch diese Anhebung sollen die Arbeit der durchweg engagierten Lehrkräfte gewürdigt und die Motivation gefördert werden. Mit dieser Erhöhung läge die KVHS Alzey-Worms im Vergleich mit den Honorarsätzen anderer Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz nach wie vor im mittleren Bereich. Um weiterhin kostendeckend arbeiten zu können, ist demzufolge auch eine Anpassung der Teilnahmebeiträge erforderlich. So ist beim Regel-Teilnahmebeitrag i.H.v. 63,00 € für 30 Unterrichtsstunden bei 8 Teilnehmenden eine Erhöhung auf 66,00 € erforderlich.

Die Anpassung der Honorarsätze mit einer gleichzeitigen Anhebung der Teilnahmebeiträge hätte demnach keine haushaltstechnischen Konsequenzen, da Mehrausgaben durch Mehreinnahmen ausgeglichen werden könnten. Im Zuge dieser Änderungen wurden die beiden betreffenden Regelungen auch redaktionell leicht überarbeitet. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 10.11.2009 über die Änderungen der Regelungen beraten und dem Kreistag empfohlen, diese in der vorliegenden Form zu beschließen.

Kreistagsmitglied Heimann beantragte, Punkt 3 der Regelung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen um die Worte „Erwerbslose, Arbeitslosengeld- und Kinderzuschlags- sowie Wohngeldempfänger, Studentinnen, Studenten, Schülerinnen und Schüler, Renterinnen und Rentnern“ zu ergänzen. Zudem solle der Teilsatz „die Kurse zur Wiedereingliederung in das Berufsleben belegen“ ersatzlos gestrichen werden. Er vertrat die Auffassung, dass sowohl Erwerbslose als auch Rentner und Personen mit geringem Einkommen ein Recht auf Bildung hätten, auch wenn sie nicht unmittelbar der Wiedereingliederung in das Berufsleben diene. Daher halte er eine Ermäßigung für diese Personengruppen für gerechtfertigt. Er gab zu Bedenken, dass auch Arbeitstätige mit geringem Verdienst Arbeitslosengeld erhalten würden.

Herr Michel führte aus, dass bei der Volkshochschule keine ALG II-Bescheide vorgelegt werden müssten, zumal diese auch oft veraltet seien. Daher werde direkt beim Arbeitsamt ein Nachweis über die aktuelle Arbeitssituation angefordert. Wer ALG II beziehe, erhalte auch die in der Satzung festgelegte Ermäßigung.

Landrat Görisch führte aus, dass eine Zugehörigkeit zum Personenkreis nach dem SGB II und SGB III entscheidend sei. Damit wäre dem Anliegen von Kreistagsmitglied Heimann Rechnung getragen.

Kreistagsmitglied Heimann widersprach dem, da auch Empfänger des Kinderzuschlages berücksichtigt werden sollten, die kein Arbeitslosengeld erhielten.

Landrat Görisch schlug dem Kreistag vor, heute über die vorgeschlagenen Änderungen der Satzung abzustimmen. Die Voraussetzungen für eine Ermäßigung würden nochmals geprüft und das Ergebnis mitgeteilt. Gegebenenfalls könne dann über eine weitere Änderung der Satzung beraten werden.

Kreistagsmitglied Heimann zeigte sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Kreistagsmitglied Becker führte aus, dass durch die Ermäßigung zum einen ein Anreiz geschaffen und zum anderen verhindert werde, dass Personen aus wirtschaftlichen Gründen von Bildungsangeboten ausgeschlossen würden. Auch er sprach sich für die nochmalige Prüfung des Personenkreises aus. Denkbar sei auch eine Behandlung des Themas im Ausschuss für Bildung, Weiterbildung und Musikkultur.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Änderung der Regelung über die Honorare und Aufwandsentschädigungen der Kreisvolkshochschule Alzey-Worms sowie die Änderung der Regelung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen der Kreisvolkshochschule Alzey-Worms in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis:

38 Ja 1 Nein

Form der Abstimmung:

Offen

Anlage 2 der Originalniederschrift:

Regelung über die Honorare und Aufwandsentschädigungen

Tagesordnungspunkt: 4

Drucksachennummer: 159/2009/1

Durchführung des Dualen Systems im Landkreis Alzey-Worms
Abschluss der Verlängerungsvereinbarung zur Abstimmungsvereinbarung
- Beschlussfassung

Vorlagentext:

Am 22.05.1992 wurde eine Abstimmungserklärung zwischen dem Landkreis Alzey-Worms und der DSD GmbH für die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen. Bestandteil dieser Abstimmungserklärung war die Systembeschreibung. Außerdem wurde eine Zusatzvereinbarung zur Abstimmungserklärung zwischen dem Landkreis Alzey-Worms und der Fa. KCD, Bad Kreuznach, abgeschlossen. In dieser Zusatzvereinbarung wurde alles geregelt, was im Zusammenhang mit den Standplätzen steht, von der Reinigung bis zu den Abfuhrkosten, Verwaltungskosten, Abfallberatung und Kosten für Entsorgung der PPK-Verkaufsverpackungen. In der Rahmenvereinbarung zwischen der DSD GmbH und dem Landkreis Alzey-Worms wurde festgelegt, dass die Erfassung, Sortierung und stoffliche Verwertung aller ladengängigen Verkaufsverpackungen in Form des Dualen Systems organisiert wird. Maßgeblich für die Durchführung des Systems war die Systembeschreibung.

Die Rahmenvereinbarung mit der DSD GmbH und die Zusatzvereinbarung mit der Fa. KCD wurden zum 22.05.2002 vom AWB gekündigt.

Nach der Verpackungsverordnung dient eine Abstimmungsvereinbarung primär dazu, ein bestehendes Sammelsystem zwischen dem Systembetreiber und dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger abzustimmen. Die Abstimmungsvereinbarung beinhaltet die Systembeschreibung und das, was vorher in der Rahmenvereinbarung und in der Zusatzvereinbarung zur Abstimmungserklärung geregelt wurde. Die Abstimmungsvereinbarung vom 23./24.02.2005 mit der Laufzeit vom 01.01.2004 – 31.12.2006 wurde in der Werksausschusssitzung vom 14.02.2005 beschlossen. Nach den Vorgaben der LAGA (Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall) wurde die PPK-Entsorgung über die Biotonne nicht mehr auf die Verwertung angerechnet, weshalb die Systembeschreibung an die Gegebenheiten angepasst wurde. Die Verlängerungsvereinbarung bis zum 31.12.2009 wurde in der KT-Sitzung vom 19.12.2006 beschlossen.

Der Landkreistag hat in seinem Schreiben vom 12.03.2009 mitgeteilt, dass gegen die Verlängerungsvereinbarung zur Abstimmungsvereinbarung mit der DSD GmbH mit der Laufzeit bis zum 31.12.2012 keine Bedenken bestehen.

Empfehlung des Werksausschusses:

Der Werksausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Verlängerungsvereinbarung zur Abstimmungserklärung in der vorliegenden Fassung zwischen der Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH und dem Landkreis Alzey-Worms zu beschließen und den Landrat zu ermächtigen, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Verlängerungsvereinbarung zur Abstimmungsvereinbarung zwischen der „Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH“ und dem Landkreis Alzey-Worms und ermächtigt den Landrat, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Anlage 3 der Originalniederschrift:

Verlängerungsvereinbarung zur Abstimmungsvereinbarung

Tagesordnungspunkt: 5	Drucksachenummer: 236/2009
------------------------------	-----------------------------------

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion
- Modellregion Elektromobilität

Antragstenor:

s. Anlage 4 der Originalniederschrift

Kreistagsmitglied Sippel erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Er führte aus, dass nach dem Energiebericht der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe die Energiewende im Kreis in vollem Gange sei. 25% des notwendigen Stroms werde bereits aus erneuerbaren Energien gewonnen. Der Kreis habe seinen Beitrag u. a. durch die Einrichtung von Blockheizkraftwerken und Photovoltaikanlagen geleistet. Im Hinblick auf die Stromerzeugung und die Wärmeengewinnung sei man weite Schritte voran gekommen. Der Bereich Elektromobilität gewinne immer mehr an Bedeutung, hier bestehe Handlungsbedarf.

Die Modellregion Rhein-Main habe ihren Schwerpunkt in Hessen und der Stadt Mainz. Allerdings könnten auch rheinland-pfälzische Kommunen und Unternehmen daran partizipieren. Die Firma juwi in Wörrstadt forsche stark im Bereich Elektromobilität und wolle auch einen Antrag auf Einrichtung eines Kompetenzzentrums in Wörrstadt auf den Weg bringen. Für die Modellregion Rhein-Main wolle juwi gemeinsam mit Energieversorgern, ÖPNV-Unternehmen und der kommunalen Seite ein Bündnis für Elektromobilität etablieren. Die SPD-Kreistagsfraktion fordere die Verwaltung auf, sich bei der Leitstelle in Offenbach dafür einzusetzen, dass der Landkreis an der Modellregion partizipieren könne. Zudem solle gegenüber der Firma juwi deutlich gemacht werden, dass die kommunale Seite das Vorhaben unterstütze. Ein weiterer Schritt sei die Umsetzung, z. B. die Etablierung von Tankstellen. Auch ÖPNV-Betriebe und die Energieversorger sollten an dem Projekt beteiligt werden, um gemeinsam die wirtschaftliche Chance der Elektromobilität zu nutzen.

Er bat den Kreistag um Zustimmung.

Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU) signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Antrag. Gerade die hiesige Region benötige aufgrund ihrer relativ hohen Einwohnerdichte und der Pendlerströme in die Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar diese moderne Vorgehensweise. Zukunftsorientierte Mobilitätsstrategie sehe er als absolut notwendig an. Die Steigerung der Elektromobilität sei neben der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs eine Möglichkeit, dies zu gewährleisten. Kurzfristig könne CO₂-Ausstoß durch Elektromobilität reduziert werden.

Fraktionsvorsitzende Kolb-Noack (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßte den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Allerdings vermisse sie im Hinblick auf die Energiewende vor allem die Berücksichtigung von alternativen Energiequellen. Daher stellte sie folgenden Antrag: „Die Verwaltung wird beauftragt, den Anschluss des Landkreises Alzey-Worms an die vom Bund geförderte „Modellregion Elektromobilität“ Rhein-Main unter dem Aspekt des Umstiegs auf regenerative Energiequellen voranzutreiben“.

Fraktionsvorsitzender Lind (FDP) signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion. Er vertrat die Auffassung, dass im Rahmen der Gespräche mit den regional bereits bestehenden Gesprächskreisen und Bündnissen der Aspekt der regenerativen Energie berücksichtigt werden könne. Da über konkrete Schritte erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden müsse, halte er den Antrag von Frau Kolb-Noack für verfrüht.

Kreistagsmitglied Klenk-Kaufmann (FWG) signalisierte ebenfalls die Zustimmung ihrer Fraktion. Auch sie sehe zunächst noch Gesprächs- und Klärungsbedarf mit der Leitstelle in Offenbach, ehe weitere Schritte eingeleitet werden könnten.

Landrat Görisch führte aus, dass aus dem Antrag deutlich hervorgehe, dass es sich um regenerative Energien handle. Er wies darauf hin, dass die Verwaltung dem von juwi auf den Weg gebrachten Antrag Unterstützung gewähren wolle. Im Rahmen einer Studie werde geprüft, wie der Kreis aktiv einen Beitrag zur Umstellung bei Energiegewinnung und -verbrauch leisten könne.

Kreistagsmitglied Sippel betonte, dass die Energiewende Teil des Projekts Elektromobilität sei. Dieses ziele darauf ab, erneuerbare Energien durchzusetzen. Denen im Antrag genannten Bündnissen gehe es darum, Projekte auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Für den Erfolg eines Projektantrages sei es sehr wichtig, dass dieser von der kommunalen und staatlichen Seite unterstützt werde.

Landrat Görisch wies darauf hin, dass die Verwaltung kurzfristig Gespräche aufnehmen und den Kreisausschuss bei der nächsten Gelegenheit entsprechend über die Möglichkeiten und Chancen, die sich mit dem Antrag der Firma juwi verbinden würden, unterrichten werde.

Beschluss:

1) Auf Antrag der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ wird folgender Beschluss gefasst: Die Verwaltung wird beauftragt, den Anschluss des Landkreises Alzey-Worms an die vom Bund geförderte „Modellregion Elektromobilität“ Rhein-Main unter dem Aspekt des Umstiegs auf regenerative Energiequellen voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja 25 Nein 10 Enthaltungen

Form der Abstimmung:

Offen

2) Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, den Anschluss des Landkreises Alzey-Worms an die vom Bund geförderte „Modellregion Elektromobilität“ Rhein-Main unter Beteiligung der regional bereits bestehenden Gesprächskreise und Bündnisse voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja 5 Nein

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 6

Drucksachennummer: 233/2009

Wahlen nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG)
- Besuchskommission (Ersatzwahlen)

Vorlagentext:

Nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) sollen Landkreise, in deren Gebiet sich eine Einrichtung im Sinne des § 12 Abs. 1 PsychKG (Rheinhessen-Fachklinik) befindet, eine Besuchskommission berufen. Aufgabe der Besuchskommission ist es, die Rheinhessen-Fachklinik in Abständen von längstens einem Jahr zu besichtigen, um zu prüfen, ob die Rechte der untergebrachten Personen nach dem PsychKG gewahrt werden.

Die Besuchskommission wurde am 15.09.2009 gebildet. Aufgrund des Ausscheidens eines Mitgliedes wird eine Nachwahl erforderlich. Die Koordinierungsstelle für Psychiatrie schlägt gem. den Empfehlungen des Landespsychiatriebeirates über die Besetzung der Besuchskommission folgende Person vor:

Mitglied als Vertreterin der Psychiatrie-Erfahrenen:

Frau Magdalena Kleinmann, Monzernheim

(Bisher: Herr Herbert Hartmann, Mauchenheim)

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt die in der Beschlussvorlage genannte Person in die Besuchskommission.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Wahlen nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG)
- Psychiatriebeirat (Ersatzwahlen)

Vorlagentext:

Nach § 7 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) kann der Landkreis einen Psychiatriebeirat bilden, dem insbesondere Vertreter an der psychiatrischen Versorgung beteiligter Organisationen einschließlich der Leistungs- und Kostenträger sowie Angehörige psychisch kranker Personen und Mitglieder von Selbsthilfegruppen angehören.

Die Mitglieder und Stellvertreter des Psychiatriebeirates wurden am 15.09.2009 gewählt. Mittlerweile sind ein Mitglied und zwei stellvertretende Mitglieder ausgeschieden, sodass Nachwahlen erforderlich werden

Die Koordinierungsstelle für Psychiatrie schlägt folgende Personen vor:

Mitglied:

Stellvertretung:

AOK- Regionaldirektion Worms-Alzey

Herrn Dieter Reibsch (Bisher: Herr Norbert Baldauf)

Psychiatrie-Erfahrene

Frau Magdalena Kleinmann
(Bisher: Herr Herbert Hartmann)

Sprecher der PSAG, Alzey

Frau Cornelia Broch
(Bisher: Frau Kornelia Mikolasch)

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt die in der Beschlussvorlage genannten Personen in den Psychiatriebeirat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen aus dem Kreistag lagen nicht vor.

Im Anschluss fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 17.45 Uhr.

Ernst Walter Görisch
Landrat

Verena Marx
Schriftführerin